

79342

Beschlüsse - 1 Teil - Jahr 2012**Autonome Provinz Bozen - Südtirol**
BESCHLUSS DER LANDESREGIERUNG
vom 10. April 2012, Nr. 550**Abkommen zwischen der Autonomen Provinz Bozen, dem Südtiroler Gemeindenverband und der Handelskammer Bozen zur Vereinfachung des Transportes der eigenen Abfälle**

Nach Einsichtnahme in das L.G. vom 19.12.1995, Nr. 26, betreffend die Errichtung der Landesagentur für Umwelt;

Vorausgeschickt, dass das Landesgesetz vom 26. Mai 2006, Nr. 4, (Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz) auf dem Prinzip der Verantwortlichkeit und der Zusammenarbeit aller Personen ruht, die am Abfallzyklus beteiligt sind und im Artikel 31 eine Reihe von Möglichkeiten zu Abkommen im Bereich der Abfallbewirtschaftung einführt, die darauf abzielen, eine konzertierte und programmierte Aktion zwischen öffentlicher Verwaltung, Privaten und Fachverbänden zu fördern;

Festgestellt, dass im Rahmen dieser Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Privaten den Programmvereinbarungen und -verträgen eine besondere, grundlegende Rolle zukommt. Gemäß Art. 2 des Landesgesetzes Nr. 4/2006 zielen diese auf die Vorbeugung und Reduzierung der Menge und Gefährlichkeit der Abfälle, auf ihre Wiedergewinnung, Wiederverwendung und Recycling und letztendlich auf eine optimale Kundenfreundlichkeit der Dienste für Abfallbeseitigung ab;

Vorausgeschickt, dass auch Art. 206 des gesetzvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Privaten durch Abkommen vorsieht, um die Abfallflüsse zu optimieren und die Abfallbewirtschaftung zu vereinfachen;

Für sinnvoll erachtet ein Programmabkommen auszuarbeiten, um für die öffentlichen Körperschaften (Land, Bezirksgemeinschaften, Gemeinden, Handelskammer Bozen, und anderen davon abhängigen Körperschaften,) den Transport der eigenen Abfälle zu vereinfachen;

Deliberazioni - Parte 1 - Anno 2012**Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige**
DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA PROVINCIALE
del 10 aprile 2012, n. 550**Accordo di programma tra la Provincia autonoma di Bolzano, il Consorzio dei Comuni e la Camera di commercio di Bolzano per la semplificazione del trasporto dei propri rifiuti**

Vista la legge provinciale 19.12.1995, n. 26, concernente l'istituzione dell'Agenzia provinciale per l'ambiente;

Premesso che la legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4 (La gestione dei rifiuti e la tutela del suolo), fondandosi sul principio della responsabilizzazione e cooperazione di tutti i soggetti coinvolti nel ciclo dei rifiuti, introduce con l'articolo 31 una serie di strumenti negoziali nel settore della gestione dei rifiuti diretta a promuovere e favorire l'azione concertata e programmata di pubbliche amministrazioni, soggetti privati ed associazioni di categoria;

Considerato che in questo quadro di cooperazione tra operatori pubblici e privati, un ruolo fondamentale è attribuito agli strumenti degli accordi e contratti di programma che, secondo le previsioni dell'articolo 2 della legge provinciale n. 4/2006, sono finalizzati alla prevenzione e riduzione della quantità e pericolosità dei rifiuti, al loro recupero, riutilizzo e riciclaggio ed, infine, al conseguimento di livelli ottimali di utenza raggiunta dai servizi di smaltimento;

Premesso che anche l'art. 206 del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, prevede la cooperazione tra la pubblica amministrazione e privati per ottimizzare i flussi di rifiuti e semplificare la gestione dei rifiuti;

Vista l'opportunità, di definire un accordo di programma per semplificare per gli enti pubblici (Provincia, comunità comprensoriali, comuni, Camera di commercio di Bolzano, ed altri enti da questi dipendenti) il trasporto dei propri rifiuti;

Dies vorausgeschickt und nach Anhören des Berichterstatters wird von der Landesregierung mit Stimmeneinhelligkeit in gesetzlicher Form

beschlossen:

- 1) das „Abkommen zur Vereinfachung des Transportes der eigenen Abfälle“ zwischen der Autonomen Provinz Bozen, dem Südtiroler Gemeindenverband und der Handelskammer Bozen, gemäß beiliegendem Entwurf, zu genehmigen;
- 2) den vorliegenden Beschluss im Amtsblatt der Region zu veröffentlichen.

DER LANDESHAUPTMANN
DR. LUIS DURNWALDER

DER GENERALEKRETÄR DER L.R.
DR. HERMANN BERGER

Ciò premesso e sentito il relatore, la Giunta provinciale a voti unanimi legalmente espressi

delibera:

- 1) di approvare “l’accordo di programma per la semplificazione del trasporto dei propri rifiuti” tra la Provincia Autonoma di Bolzano, il Consorzio dei comuni dell’Alto Adige e la Camera di commercio di Bolzano, secondo l’allegato schema;
- 2) di pubblicare la presente deliberazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

IL PRESIDENTE DELLA PROVINCIA
DOTT. LUIS DURNWALDER

IL SEGRETARIO GENERALE DELLA G.P.
DOTT. HERMANN BERGER

Abkommen
zur Vereinfachung des Transportes der eigenen Abfälle
zwischen
der Autonomen Provinz Bozen
und
dem Südtiroler Gemeindenverband
und
der Handelskammer Bozen

Vorausgeschickt

- Das Gesetzesvertretende Dekret vom 3. April 2006, Nr. 152, (Bestimmungen im Umweltbereich) ruht auf dem Prinzip der Verantwortlichkeit und der Zusammenarbeit aller Personen, die am Abfallzyklus beteiligt sind und führt eine Reihe von Möglichkeiten zu Abkommen im Bereich der direkten Abfallbewirtschaftung ein, die darauf abzielen, eine konzertierte und programmierte Aktion zwischen öffentlicher Verwaltung, Privaten und Fachverbänden zu fördern.
- Im Rahmen dieser Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Verwaltungen kommt den Abkommen eine besondere, grundlegende Rolle zu. Gemäß Art. 206 des GvD Nr. 152/2006 zielen diese auf die Vorbeugung und Reduzierung der Menge und Gefährlichkeit der Abfälle, auf ihre Wiedergewinnung, Wiederverwendung und Recycling und letztendlich auf eine Vereinfachung in der Abfallbewirtschaftung ab.
- Auch das Landesgesetz vom 26. Mai 2006, Nr. 4, (Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz) sieht in Art. 31 den Abschluss von Abkommen vor, um Abfälle zu vermindern, die Abfallverwertung zu verbessern, die Abfallflüsse zu optimieren oder Erleichterungen bei Verwaltungsaufgaben vorzusehen.
- Artikel 26 der Richtlinie 2008/98/EG bestimmt, dass die zuständige Behörde ein Register führt über Körperschaften oder Unternehmen, die gewerbsmäßig Abfälle sammeln oder befördern, und somit ist vorliegende Vereinbarung nicht in Widerspruch zur EU-Gesetzgebung.
- Art. 212 Absatz 8 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, bestimmt, dass die Erzeuger von nicht gefährlichen Abfällen, welche die eigenen Abfälle transportieren und die Erzeuger von gefährlichen Abfällen, welche die eigenen Abfälle mit einer Menge von 30 Kg oder 30 Liter pro Tag transportieren, in einer eigenen Sektion des Verzeichnisses der Umweltfachbetriebe eingetragen sind.
- Festgestellt, dass laut Artikel 35 der Richtlinie 2008/98/EG nur Körperschaften und Unternehmen, die gewerbsmäßig gefährliche Abfälle sammeln oder transportieren, verpflichtet sind chronologische Aufzeichnungen zu führen.
- Es wird als sinnvoll erachtet, dass die öffentlichen Körperschaften mittels vorliegendem Abkommen ein integriertes System der Bewirtschaftung von Abfällen in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand aufzubauen, damit:
 - Abfälle einer kontrollierten Entsorgung zugeführt werden;
 - die Verwaltungsaufgaben zu Lasten obgenannter Unternehmen vereinfacht werden;
 - die Mengen an Abfällen, die möglicherweise nicht korrekt bewirtschaftet werden, reduziert und schließlich ganz eliminiert werden;
 - die Wirksamkeit der Kontrollen verbessert wird.

All dies vorausgeschickt

vereinbaren die obgenannten Unterzeichner vorliegenden Abkommens Folgendes:

Artikel 1 ZWECK UND ANWENDUNGSBEREICH

Mit vorliegendem Abkommen beabsichtigen die öffentlichen Körperschaften (Land, Bezirksgemeinschaften, Gemeinden, Handelskammer Bozen, und anderen von diesen abhängigen Körperschaften) insbesondere:

- es soll ein effizientes Abfallbewirtschaftungssystem eingerichtet und aufrecht erhalten werden, das in Anwendung des GvD Nr. 152/2006 und des LG Nr. 4/2006, alle miteinbezogenen öffentlichen Körperschaften zur Mitverantwortung zieht und einen Impuls zur Zusammenarbeit aller gibt, die mit der Bewirtschaftung von Abfällen zu tun haben, um so insbesondere das sichere Sammeln und eine korrekte Entsorgung zu garantieren.
- Die Verwaltungsaufgaben zu Lasten der beteiligten öffentlichen Körperschaften sollen vereinfacht werden, wobei die Effizienz der Kontrollen gesichert und beibehalten werden soll.

Artikel 2 VERPFLICHTUNGEN DER ÖFFENTLICHEN KÖRPERSCHAFTEN

1. Die öffentlichen Körperschaften verpflichten sich bei Ausübung der obgenannten Tätigkeiten zu Folgendem:
 - a) Die öffentlichen Körperschaften sollen für eine korrekte Bewirtschaftung der Abfälle sensibilisiert werden, indem vorliegende Vereinbarung verteilt wird und die Bedeutung, die technischen und rechtlichen Folgen allen an der Umsetzung Beteiligten erklärt werden.
 - b) Die öffentlichen Körperschaften sollen Informationen und spezifische Anweisungen erhalten, damit sie Abfälle, wie von vorliegender Vereinbarung vorgesehen, korrekt bewirtschaften und eventuelle zukünftige, gemeinsam erarbeitete, technische Auflagen befolgen können.
2. Die öffentlichen Körperschaften verpflichten sich, die Grundsätze und die Vorgangsweisen vollständig zu beachten. Die öffentlichen Körperschaften verpflichten sich die Abfälle fachgerecht entsprechend den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu transportieren.

Art. 3 AUSNAHME VON DER EINTRAGUNG IN DAS VERZEICHNIS DER UMWELTFACHBETRIEBE FÜR DEN TRANSPORT DER EIGENEN ABFÄLLE

1. Die öffentlichen Körperschaften sind beim **Transport** der **eigenen nicht gefährlichen Abfälle** sowie der **dem Hausmüll gleichgestellten Abfälle** von der Eintragung in das nationale Verzeichnis der Umwelfachbetriebe ausgenommen.

Art. 4 ABFALLBEGLEITSCHIN

1. Generell muss beim Transport von Abfällen immer ein Abfallbegleitschein mitgeführt werden, es gelten folgende Ausnahmen:
 - Transport der eigenen dem **Hausmüll gleichgestellten Abfälle** zu den öffentlichen Sammelstelle (Art. 19 Absatz 3 Buchstabe a) LG Nr. 4/2006).

- Transport der eigenen **nicht gefährlichen Abfälle** vier Mal im Jahr mit einer Menge von 30 Kg oder 30 Liter pro Tag sowie höchstens 100 Kg oder 100 Liter pro Jahr (Art. 193 Absatz 5 GvD Nr. 152/2006).

Art. 5
ABFALLREGISTER

1. Die öffentlichen Körperschaften laut Art. 1 ersetzen das Abfallregister laut Art. 190 Absatz 1 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152 und Art. 17 des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, durch die chronologische Aufbewahrung der Abfallbegleitscheine oder der SISTRI-Begleitscheine.

Art. 6
JÄHRLICHE ABFALLERKLÄRUNG (MUD)

1. Die öffentlichen Körperschaften laut Art. 1 sind von der jährlichen Abfallerklärung befreit.

Für die Autonome Provinz Bozen
Steuer-Nr. 00390090215

Dr. Luis Durnwalder

Für den Südtiroler Gemeindenverband
Steuer-Nr. 00730110210

Dr. Arno Kompatscher

Für die Handelskammer Bozen
Steuer-Nr. 80000670218

Dr. Michl Ebner

Datum

**„Accordo di programma
per la semplificazione del trasporto dei propri rifiuti“**

tra

la Provincia Autonoma di Bolzano

e

il Consorzio dei Comuni

e

la Camera di commercio di Bolzano

Premesse

- Il Decreto Legislativo 3 aprile 2006, n. 152 (Norme in materia ambientale) fondandosi sul principio della responsabilizzazione e cooperazione di tutti i soggetti coinvolti nel ciclo dei rifiuti, introduce una serie di strumenti negoziali nel settore della gestione dei rifiuti diretta a promuovere e favorire l'azione concertata e programmata di pubbliche amministrazioni, soggetti privati ed associazioni di categoria.
- in questo quadro di cooperazione tra operatori pubblici e privati, un ruolo fondamentale è attribuito agli strumenti degli accordi e contratti di programma che, secondo le previsioni dell'articolo 206 e del D.Lgs. n. 152/2006, sono finalizzati alla prevenzione e riduzione della quantità e pericolosità dei rifiuti, al loro recupero, riutilizzo e riciclaggio ed, infine, alla semplificazione nella gestione dei rifiuti.
- Anche la legge provinciale del 26 maggio 2006, n. 4 (Gestione dei rifiuti e tutela del suolo) prevede all'art. 31 la possibilità di stipula di accordi di programma con enti, imprese o associazioni finalizzati alla riduzione dei rifiuti al miglioramento del loro recupero, all'ottimizzazione dei flussi di rifiuti nonché alla semplificazione amministrativa.
- L'art 26 della direttiva 2008/98/Ce stabilisce che l'autorità competente tenga un registro per gli enti e le imprese che provvedono alla raccolta e trasporto dei rifiuti a titolo professionale, quindi il presente accordo non è in contrasto con la normativa comunitaria.
- L'art. 212 comma 8 del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, dispone che i produttori di rifiuti non pericolosi che trasportano i propri rifiuti nonché i produttori di rifiuti pericolosi che trasportano i propri rifiuti pericolosi in quantità non eccedenti 30 chilogrammi o 30 litri al giorno sono iscritti in un'apposita sezione dell'Albo gestori ambientali.
- Constatato che ai sensi dell'art. 35 della direttiva 2008/98/CE solo gli enti e le imprese che raccolgono e trasportano rifiuti pericolosi a titolo professionale sono obbligati a tenere un registro cronologico.
- Si è valutata l'opportunità, che gli enti pubblici attraverso il presente Accordo istituiscono un sistema integrato di gestione dei rifiuti con la partecipazione dei soggetti pubblici coinvolti, affinché:
 - I rifiuti siano inviati a uno smaltimento controllato;
 - Siano semplificati gli adempimenti amministrativi a carico delle suddette imprese
 - Sia ridotta fino ad essere azzerata la quantità di rifiuti che possono sfuggire alla corretta gestione
 - Sia migliorata l'efficacia dei controlli.

Tutto ciò considerato

Le parti firmatarie del presente accordo, sopra denominate, convengono quanto segue:

Articolo 1 FINALITA' ED AMBITO DI APPLICAZIONE

1. Con il presente accordo di programma gli enti pubblici (Provincia, comunità comprensoriali, comuni, Camera di commercio di Bolzano, ed altri enti da questi dipendenti) intendono in particolare:
 - Istituire e mantenere un sistema di gestione dei rifiuti che ai sensi del DLgs 152/2006 e ai sensi della L.P. 4/2006, che porti alla corresponsabilizzazione di tutte le parti interessate nella gestione dei rifiuti e dia a tutte uno stimolo alla collaborazione in particolare per garantire la sicurezza nella raccolta e un corretto smaltimento.
 - Semplificare le procedure amministrative a carico degli enti pubblici coinvolti, dove tuttavia deve essere garantita l'efficienza dei controlli.

Articolo 2 IMPEGNI DEGLI ENTI PUBBLICI

1. Gli enti pubblici svolgenti le attività sopra elencate, si impegnano a:
 - a) sensibilizzare gli enti pubblici alla corretta gestione dei rifiuti, diffondendo il presente Accordo e illustrando il significato e le ricadute tecniche e giuridiche presso tutti gli operatori economici interessati e coinvolti nella sua attuazione
 - b) fornire agli enti pubblici le informazioni e le istruzioni specifiche necessarie per la corretta gestione dei rifiuti come previsto dal presente Accordo e da eventuali direttive tecniche condivise che ne conseguiranno
2. Gli enti pubblici si impegnano ad osservarne in modo integrale i principi e le modalità operative. Gli enti pubblici si impegnano a trasportare correttamente i rifiuti nel rispetto della relativa normativa vigente.

Articolo 3 ESENZIONE DALL'ISCRIZIONE NELL'ALBO NAZIONALE GESTORI AMBIENTALI PER IL TRASPORTO DEI PROPRI RIFIUTI

1. Gli enti pubblici che trasportano i propri rifiuti non pericolosi nonché i rifiuti assimilati agli urbani sono esonerate dalla iscrizione presso l'albo nazionale gestori ambientali.

Articolo 4 FORMULARIO DI IDENTIFICAZIONE DEI RIFIUTI

1. Il trasporto dei rifiuti deve in generale sempre essere accompagnato da un formulario di identificazione dei rifiuti, tranne nei seguenti casi:
 - trasporto dei propri rifiuti assimilati ai rifiuti urbani ai centri pubblici di trattamento (art. 19 comma 3 lettera a) lp n. 4/2006)
 - trasporto dei propri rifiuti non pericolosi quattro volte l'anno per quantitativi non eccedenti i 30 chilogrammi o 30 litri al giorno e comunque 100 chilogrammi o 100 litri l'anno (art. 193 comma 5 D. Lgs. n. 152/2006).

Articolo 5
REGISTRO DEI RIFIUTI

1. Gli enti pubblici di cui all'art. 1 sostituiscono il registro dei rifiuti di cui all'art. 190 comma 1 del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152 e all'art. 17 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, con la conservazione in ordine cronologico dei formulari di identificazione dei rifiuti o delle schede SISTRI.

Articolo 6
DICHIARAZIONE ANNUALE DEI RIFIUTI (MUD)

1. Gli enti pubblici di cui all'art. 1 sono esonerati dalla dichiarazione annuale dei rifiuti.

Per la Provincia autonoma di Bolzano
Cod. fisc. 00390090215

Dott. Luis Durnwalder

Per il Consorzio dei Comuni
Cod. fisc. 00730110210

Dott. Arno Kompatscher

Per la Camera di commercio
Cod. fisc. 80000670218

Dott. Michl Ebner

data